

RECHTSGRUNDLAGEN

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

§ 9 Abs. 7 BauGB GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES ART DER BAULICHEN NUTZUNG § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§ 1 - 11 BauNVO

BESONDERE WOHNGEBIETE § 4a BauNVO MAS DER BAULICHEN NUTZUNG

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 - 21a BauNVO GRUNDFLÄCHENZAHL

п ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB §§ 22 und 23 BauNVO

OFFENE BAUWEISE BAUGRENZE

PLANZEICHEN

I. FESTSETZUNGEN

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

VERKEHRSFLÄCHEN SONSTIGE PLANZEICHEN

ENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
§§ 1 Abs. 4, 16 Abs. 5 BauNVO -1-INDEX FÜR DIE ZUORDNUNG DER BAUGEBIETE

II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

VORHANDENE BAULICHE ANLAGEN

VORHANDENE FLUR- UND GRUNDSTÜCKSGRENZE

FLURSTÜCKSBEZEICHNUNGEN

TEIL B: TEXT

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 1 - 15 BauNVO)

1.1 GEBIETE ZUR ERHALTUNG UND ENTWICKLUNG DER WOHNNUTZUNG

§ 4a BauNVO)
Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind die in § 4a Abs. 3 Nr. 1 bis 3 BauNVO aufgeführten
Ausnahmen (Anlagen für zentrale Einrichtungen der Verwaltung, Vergnügungsstatten, Tankstellen)
nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und daher unzulässig.

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 16 - 21a BauNVO) 2.1 BESTIMMUNG DES MASSES DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 16 BauNVO)

(1) Im WB-1-Gebiet darf die Traufhöhe der Gebäude 4,50 m über Oberkante Erdgeschossfuß-boden und die Firsthöhe der Gebäude 9,80 m über Oberkante Erdgeschossfußboden nicht

uberschritten werden. Im WB-2-Gebiet darf die Traufhöhe der Gebäude 4,70 m über Oberkante Erdgeschossfuß-boden und die Firsthöhe der Gebäude 10,70 m über Oberkante Erdgeschossfußboden nicht überschritten werden.

(3) Die im WB-2-Gebiet festgesetzte Grundfläche kann nach § 16 Abs. 6 BauNVO ausnahmsweise für gewerblich genutzte Außenverkaufsflächen um 100 m² überschritten werden.

2.2 HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 18 BauNVO) Sower der Bebauungsplan keine anders lautenden Festsetzungen enthält, darf die Oberkante des Erdgestonssfübbdenes der baulichen Anlagen nicht höher als 0,50 m über dem Bezugspu und nicht tiefer als der Bezugspunkt liegen.

Bezugspunkt ist:

1. bei ebenem Gelande die Oberkante der dazugehörigen Erschließungsstraße;

2. bei ansteignedem Gelande de Oberkante der Straßenmitte, vermehnt um das Maß de natürlichen Steigung zu der zur dazugehörigen Erschließungsstraße abgewandten Gebäudessete.

Gebäudeseite;
3. bei abfallendem Gelände die Oberkante der Straßenmitte, vermindert um das Maß des natürlichen Gefälles zu der zur dazugehörigen Erschließungsstraße zugewandten Gebäudeseite. 2.3 GRUNDFLÄCHENZAHL. ZULÄSSIGE GRUNDFLÄCHE (§ 19 BauNVO)

3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB mit §§ 22 - 23 BauNVO)

3.1 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE/ ABWEICHUNGEN VOM BAUFENSTER

(§ 23 BauNVO)
(1) Die in dem WB-2-Gebiet festgesetzte überbaubare Grundstücksfläche (Baufenster) kann nach § 23 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 BauNVO für gewerblich genutzte Terassenflächen überschritten

(2) Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind nach § 23 Abs. 5 BauNVO nur innerhalb der überhauberen Grundetückenren zu zuläsein

4. BAUGESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 92 LBO)

4.1 DÄCHER
Die Hauptbaukörper sind mit einer Dachneigung bis 45° zulässig.

GEMEINDE

GRÖMITZ

PRÄAMBEL

VERFAHRENSVERMERKE

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Ausschusses für Verkehr, Bauwesen und Umwelt vom 31.07.2008. Die erfolzliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Abdruck in den "Lübecken Nachrich

Auf Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Bauwesen und Umwelt vom 31.07.2008 wurde nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 IV. mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühz eitigen Beteiligung der Öffentlichkeit abgesehen.

Auf die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 / § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
 Die nach § 13 Abs. 3 BauGB erforderlichen Hinweise wurden mit der Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusgegeben.

popoten. Der Ausschass für Verlehr, Baussesen und Unwelt hat am 31.07.2008 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Bepründung beschliesen und zur Auflegung bestimmt. Der Schwarze der Beschliche sind dem Teil Teil 15, sowie die Begründung haben in der Zeit vom 50.0.2000 bis zum 07.10.2000 während der Dienstatunden nach §3.4 hz. 2. Bauß di Rifferlich ausgegegen. Der Geffelle Ausgegegen und der Mittel ein stellen der Leiten der der Leiten der der Leiten Leiten der Leiten Leiten der Leiten Leiten der Leiten Leiten

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein kö § 4 Abs. 2 BauGB am 22.08.2008 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Grömitz, 15,12,2008

Der katastermäßige Bestand am 03.12.2008 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt

Idenburg i.H., 09.12.2008 - Katasteramt -

Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentliches Belange am 11.12.2008 gepruft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 11.12.2008 von der Gemeindeverfretung als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Grömitz, 15.12.2008 (Scholz) - Bürgermeister -

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Grömitz, 15.12.2008

Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung und die Selbe, bie der der Plan in auf Dauer während der Sprechänden von allen interessierten eingesehen werden kann und die über Ausstanf erfelt, auf man 1st 12:000 dern Anberder in der "Litzbeder i kardirchten Carbitosilienst Haustund Leitzbeder i kardirchten Carbitosilienst Haustund erfelt, auf der Schalber in der Schalber von de

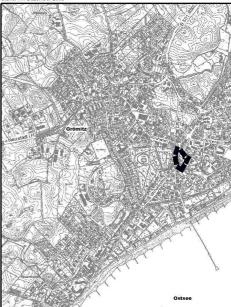
Grömitz. 19.12.2008

Diese digitale Fassung entspricht der rechtsverbindlichen Satzungsausfertigung

SATZUNG DER GEMEINDE GRÖMITZ ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG **DES BEBAUUNGSPLANES NR. 41**

N

ÜBERSICHTSPI AN M 1: 10.000



4.2 EINFRIEDIGUNGEN
Einfriedigungen sind bis zu einer maximalen Höhe von 70 cm zulässig.